

Georgios Kassimatis

Das inhumane Kreditregime über Griechenland

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Einführung

Zwischen 2000 und 2007 wies Griechenland mit einem jährlichen Zuwachs des realen BIP von etwa 4% ein beachtliches Wachstum auf, doppelt so viel wie der Eurozonen-Durchschnitt (2%). Gleichzeitig verringerte sich der Einkommensunterschied (auf Grundlage des Pro-Kopf-BIP) in Griechenland im Vergleich zur Eurozone um beachtliche 8 Prozentpunkte, wie aus dem Bericht der Europäischen Kommission zum Wirtschaftlichen Anpassungsprogramm vom 25.05.2010 hervorgeht, das dem Land auferlegt wurde. Selbstverständlich enthält der Bericht keine Indizes über die Einkommensverteilung innerhalb der Gesellschaft in Griechenland und in den Ländern der Eurozone, was gängige Praxis der heutigen wirtschaftlichen Institutionen ist. Es ist aber bekannt, dass die Verringerung der Einkommensunterschiede in Griechenland primär die hohen Einkommen betraf und nicht das Einkommen der Arbeitnehmer und Rentner, welches im Vergleich zu den entsprechenden Einkommen der Eurozonen-Länder auf sehr niedrigem Niveau verblieb. Jedenfalls beruhten diese Faktoren des Wachstumsanstiegs nicht auf einem soliden Fundament. Es waren Faktoren eines Scheinwohlstands, basierend auf Spekulationen (z.B. Börse) und Steuerhinterziehung sowie auf der überbordenden Kreditaufnahme im Ausland, die Folge der Zinssenkung nach Griechenlands Beitritt zur Eurozone waren. All das bestätigt den sträflichen Fehler unseres verfrühten Euro-Beitritts. Die besagten Faktoren spiegelten bloß die Zunahme der Binnen- nachfrage nach Konsumgütern sowie den Anstieg der Immobilieninvestitionen wider, insbesondere die Investitionen in luxuriösere als die bis dahin geschaffenen Erstwohnungen und/oder in Zweit- und Drittwohnungen ebenso wie in prunkvolle Geschäftssitze von Unternehmen und Erwerbstätigen mit hohem Einkommen. Die zunehmend luxuriöse Lebensführung wiederum wurde seit 2002 (dem Jahr des Euro-Beitritts) aufgrund der Spekulationstendenzen auf dem Markt zu einem um ein Vielfaches erhöhten Preis bezahlt, wohingegen die Kaufkraft der Griechen – d.h. der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung Griechenlands – auf gleichem Niveau verblieb oder sich sogar verringerte. Dies offenbart nichts anderes als die Verantwortungslosigkeit der damaligen griechischen Regierung und der Eurozone.

Einen bedeutsamen Anstoß zum Konsum von Luxusgütern und zu Investitionen in Immobilien für die persönliche und familiäre Nutzung gab die vollkommene und unkontrollierte Liberalisierung des Finanzsektors, der durch irreführende Werbung sogar die wirtschaftlich schwächsten Schichten der Gesellschaft zur Aufnahme übermäßiger Konsumdarlehen verleitete. Dies stellt im Übrigen ein weltweites Syndrom des heutigen Finanzkapitalismus dar. Darüber hinaus müssen wir hier hervorheben, dass durch die vollkommene Liberalisierung der Börsenmärkte und die arglistige Werbung für deren Rendite sowie durch den von der damaligen Regierung in hohem Maße zu verantwortenden Skandal um die Athener Börse die niedrigsten Einkommen weiter dezimiert wurden und somit das Armutsgefälle in katastrophalem Maße zunahm.

Neben den geschilderten Syndromen der Misere, die der moderne Finanzkapitalismus und der extreme Wirtschaftsliberalismus hervorgerufen haben bzw. unablässig hervorrufen, welche beide bis in die Politik des heutigen Staates vorgedrungen sind, muss auch auf den Missstand jener Wirtschaftswissenschaft hingewiesen werden, die den neoplastischen Auswüchsen der weltweiten Krise einträchtig folgt und ihnen Vorschub leistet. Solch eine Wirtschaftswissenschaft übernimmt – wie es in der Geschichte der Wissenschaften schon immer geschehen ist – als eine Art Herakles im Dienst der jeweiligen Interessen eine beherrschende Rolle; dagegen verbleibt die Wissenschaft hoher Erkenntnisqualität auf der Schattenseite und wird wie gewöhnlich von der offiziellen Politik ignoriert. Die den Interessen sklavisch dienende Wissenschaft, welche die Einkommensverteilung innerhalb der Gesellschaft und die Bedürfnisse nach Schutz des Lebens in einer gesunden natürlichen Umwelt, nach Steigerung der Lebensqualität und Förderung der Kultur übersieht, ist generell gegenüber dem Menschen indifferent und ausschließlich auf die gesellschaftsschädigende Renditeerzielung des Investitionskapitals fokussiert. Dieses Elend der Wirtschaftswissenschaft darf uns natürlich nicht dazu verleiten, die entsprechende Verantwortung der Rechtswissenschaft zu vergessen, die chronisch schweigt oder gar die großen und tiefgreifenden, vom herrschenden institutionellen Machtsystem begangenen Prinzipienverstöße verschleiert. Das erinnert uns heute nicht zuletzt an das Übel der herrschenden europäischen Rechtswissenschaft während des Faschismus und Nationalsozialismus in Europa und an das Übel der gesamten griechischen Rechtswissenschaft im griechischen Polizeistaat der Nachkriegszeit. Obwohl diese menschenfeindlichen Regimes täglich die Existenz und den Wert des Menschen mit Füßen traten, unterstützten die damaligen Rechtswissenschaftler die Verbrechen, oder im günstigsten Falle schwiegen sie dazu wie Gesinnungschamäleons bzw. rechtfertigten sie die Verbrechen als staatserhaltende Maßnahmen.

Die ernsthafteren Formen der Erkrankung, die die griechische Wirtschaft aufwies, waren die fehlende Wettbewerbsfähigkeit griechischer Produkte und das Ungleichgewicht in der Güterproduktion, der drastische Unterschied in der Zahlungsbilanz durch die ständig wachsenden Einfuhren bei gleichzeitig sinkenden Ausfuhren ebenso wie die explosive Zunahme des Konsums, die großen Haushaltsungleichgewichte, der ständige Anstieg der internen und externen Staatsverschuldung, das niedrige Investitionsniveau hinsichtlich der Güterproduktion und, vor allem, die niedrige Produktivität und die Korruption im öffentlichen und privaten Sektor. Diese Schwächen der griechischen Wirtschaft werden auch von dem oben erwähnten Bericht zum „Wirtschaftlichen Anpassungsprogramm für Griechenland“ erfasst. Unerwähnt bleibt im Bericht indes die zugrunde liegende Krankheit Griechenlands, dessen oben dargelegte Schwächen die Symptomatik ausmachen – gleichzeitig aber Teil der Krankheit sind. Es handelt sich um die bis an die Wurzeln reichende schlechte Organisation des Staatsapparats, die alle Funktionen des Staates und der Gesamtheit des weiteren öffentlichen Sektors betrifft. Diese Erkrankung ist chronischer Natur und befällt seit Gründung des modernen griechischen Staates im 19. Jahrhundert unablässig unser Land. Ihre Ursachen sind, über die politischen Verantwortlichkeiten dieser gesamten zeitlichen Entwicklung hinaus, historischer Natur, und sie bildeten den Gegenstand wissenschaftlicher Studien vieler Vertreter der Sozialwissenschaften, allen voran der politischen Geschichte und der Soziologie. Die Erforschung dieser großen historischen Frage ist natürlich nicht Gegenstand dieses Werkes. Zur gedanklichen Orientierung möchte ich lediglich erwähnen, dass sich durch die gesamten Studien zur jüngeren Geschichte Griechenlands unter anderem ein historischer Gemeinplatz wie ein roter Faden zieht, nämlich die Tatsache, dass die jüngere griechische politische Gesellschaft mit ihrem Befreiungskampf im 19. Jahrhundert das Joch der vier Jahrhunderte währenden Türkenherrschaft abschüttelte und vom Stadium des orientalischen Feudalismus und vorindustriellen Zeitalters in wirtschaftlich unvollkommener und gesellschaftlich unzulänglicher Weise ins industrielle Zeitalter überging. Der jüngere griechische Staat ging aus dem Befreiungskampf und dem Untergang des Osmanischen Reiches hervor, und er wurde gemäß dem politischen Willen seines Volkes und der Völker des jüngeren Europas als christlicher Völker sowie wegen der historischen Bande dieser Völker mit der griechischen Kultur Mitglied der politischen Gemeinschaft Westeuropas; diese hatte sich von der strukturierten westlichen Feudalherrschaft des Mittelalters hin zur Industriegesellschaft entwickelt, deren Gestaltung sie selbst in die Hände nahm. Dieser historische Unterschied hat unbestritten die staatliche und gesellschaftliche Entwicklung Griechenlands markiert und markiert sie immer noch.

Unabhängig von der immanenten Krankhaftigkeit der jüngeren griechischen Gesellschaft kann den Regierungen seit dem Untergang der im Jahr 1967 errichteten Militärdiktatur und der Wiederherstellung der Demokratie im Jahr 1974 insoweit unzweifelhaft politische Verantwortung zugeschrieben werden, als sie weder mit der Umsetzung und schon gar nicht mit dem Entwurf eines Umstrukturierungsplans für den Staatsapparat in Richtung Modernisierung begonnen hatten, so dass Griechenland eine den anderen europäischen Staaten des Südens entsprechende Kraft und Widerstandsfähigkeit gegenüber den kleinen und größeren Wirtschaftskrisen hätte entwickeln können. Insbesondere aber wäre Griechenland mit einem modernen Kontrollapparat in der Lage gewesen, ein starkes System zu entwickeln, mit dem die Korruption, die das Land bis ins Innerste heimsucht, hätte bekämpft und ausgerottet werden können. Besondere Verantwortung trifft vor allem die starken Regierungen, wie die von Konstantinos Karamanlis und Andreas Papandreou, die eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für schwierige Aufgaben hatten, wie es diese im Zusammenhang mit dem Staatsapparat ist. Diese beiden Führungspersönlichkeiten haben während ihrer Amtszeit andere – zweifelsfrei wichtige und schwierige – politische Prioritäten gesetzt und es dadurch bewusst vermieden, in das diffizile Vorhaben der Modernisierung des Staates hineingezogen zu werden; was heute wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes beigetragen hätte. Jedenfalls hatte ich die Möglichkeit, die Krankhaftigkeit des Staatsapparats aus der Nähe kennenzulernen und zu erleben; und ich kann versichern, dass diese offenkundig diffizile und langwierige Aufgabe nicht derart kompliziert ist, wie von unseren Politikern angenommen. Ebenfalls kann ich bestätigen, dass bei unseren politischen Führungen eine sehr tiefgehende Unwissenheit hinsichtlich des Wesens der vorliegenden Erkrankung und ihrer Bewältigung herrscht – eine Unwissenheit, die zur Überschätzung des Schwierigkeitsgrads der betreffenden Aufgabe und zur Vergrößerung der damit zusammenhängenden Angst führt. Die Schwierigkeit, der Korruption entgegenzutreten, liegt in ihrem labyrinthartigen Netz von Korridoren, das im System der Staatsverwaltung von vielen Generationen mit hoher Kunst gesponnen und gesetzlich verankert wurde. Vollkommene Unwissenheit über dieses Problem und eine sträfliche Gleichgültigkeit und Haltung ihm gegenüber beweist, wie wir sehen werden, heute die Troika, die sich systematisch und primär dem vollständigen Abbau des bereits kranken Staatsapparats widmet.

Nach der Skizzierung der pathologischen Befunde im Bereich von Wirtschaft und Administration in Griechenland möchte ich auf die nicht einfach nur ungerechten, sondern auch moralisch und politisch inakzeptablen Verunglimpfungen des griechischen Volks wegen seiner Krise eingehen. Niemand bezweifelt, dass

eine schwerwiegende Verantwortung auf den griechischen Regierungen der letzten Jahre lastet. Jedoch hätten diejenigen, die Griechenland verunglimpfen, wissen müssen, dass die Völker aus Gesellschaften bestehen, die sich gewöhnlich in ihren Eigenarten, Fähigkeiten, Leistungen, pathologischen Phänomenen und in ihrer Geschichte unterscheiden, was Gegenstand der einschlägigen Sozialwissenschaften ist, dass man aber die Völker niemals beschuldigen und beschimpfen sollte. *Anschuldigungen und Beschimpfungen von Völkern stellen eine niedere Form des Rassismus dar.* Und dennoch sah sich das griechische Volk einem solchen Rassismus ausgesetzt, sowohl kollektiv mit den anderen europäischen Völkern des Südens aufgrund der verächtlichen Bezeichnung PIGS (für PIIGS – Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) als auch einzeln aufgrund der vielen schmähenden Adjektive, während die arroganten Lästler vergessen haben, dass diese Völker Wiege und Nährboden für die Entwicklung der europäischen Kultur waren. Diese Verunglimpfungen werden heute natürlich zurückgewiesen, nachdem die Handlungen und Verhaltensweisen der Troika gegenüber den Völkern, die sie über sich ergehen lassen mussten, bekannt wurden. Dennoch bilden die Beschimpfungen leider immer noch ein Beispiel für den politischen Ethos und die politische Kultur der arroganten Akteure von Europa.

Gegenstand dieser Studie ist die Rechtmäßigkeit der Kreditvereinbarungen und ihrer Umsetzung vom Mai 2010 bis heute. Diese Rechtmäßigkeit stützt sich nicht auf die Grundsätze einer authentischen sozialen Demokratie, nach denen die fraglichen Vereinbarungen auch eine unannehmbare Unterjochung darstellen würden; sie stützt sich auch nicht auf das soziopolitische System einer anderen Ideologie oder auf abweichende Auffassungen. Der Autor versucht im Rahmen dieser Arbeit bewusst nicht, eine politische Theorie für die Entwicklung eines neuen soziopolitischen Systems mit bestimmten Prinzipien zu entwickeln, und auch nicht, Gedanken und Positionen einer solchen Theorie aus Sicht der Politikwissenschaft und Staatslehre zu formulieren. Er ist der Auffassung, dass dies den Zweck dieses Werkes entkräften oder sogar aufheben würde, der kein anderer ist als die Darstellung der griechischen Erfahrung im Sinne eines Beitrages zur Bewältigung der konkreten wirtschaftlichen Intervention, die sich auf Griechenland und Europa auswirkt, indem Prinzipien der europäischen Rechtmäßigkeit verletzt werden. Für die Erfüllung des Zwecks der Arbeit genügen daher nach Auffassung des Autors – und das hat hier unmittelbare praktische Bedeutung – die Kriterien der Prinzipien unseres – zweifellos unvollkommenen – soziopolitischen Systems, der bürgerlichen Demokratie, so wie diese Prinzipien auf der Grundlage des gültigen übergeordneten positiven Rechts (demokratische Verfassungen, Recht

der EU und Völkerrecht) gelten und ständig von der herrschenden Lehre der bürgerlichen Rechtswissenschaft akzeptiert werden. Indes ist es ein schwerwiegender ideologischer Fehler anachronistischer und geschichtsfremder linker Sichtweisen, die Inanspruchnahme dieses Schutzes der sozialen Rechte sowie generell der Opfer vor der unmenschlichen Bulimie des Kapitalismus und des Imperialismus als „bürgerlich“ zu vermeiden oder sogar abzulehnen. Diese anachronistischen Auffassungen sind heutzutage unvereinbar auch mit der revolutionären Theorie von Marx. Das vorliegende Werk drückt den spezifischen Standpunkt des Autors aus, dass die heutigen historischen Bedingungen der Bedrohung des Menschen die besagte realistische Krisenbewältigung auf der Ebene des Nationalstaates und der Europäischen Union verlangen, und zwar mit den Mitteln der Rechtmäßigkeitsprinzipien des soziopolitischen Systems, die gestaltet wurden aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs auf nationaler und internationaler Ebene unter Beteiligung aller Mächte, die Faschismus und Nationalsozialismus besiegt hatten. Genau das verlangt der *Grundsatz des Schutzes des Menschen* – ein Gedanke, den wir an anderer Stelle des Werkes weiterentwickeln werden. Ganz im Gegenteil bedarf es zur Bewältigung der heutigen Krise auf der supranationalen Ebene einer tiefgehenden theoretischen und ideologischen Durchdringung des Themas, welche die Krise als Endkrise unseres Systems untersucht und historisch den Grund für einen langjährigen Übergang vorbereiten wird.

Die hier unternommene Schilderung der Verletzung von Rechtmäßigkeitsprinzipien der bürgerlichen Gesellschaft liefert nicht bloß die Beschreibung eines Zustands, der von Rechtsverstößen geprägt ist; er wird nicht dargestellt als eine formelle Kollision des uns auferlegten Status mit dem Recht, wie es aus dem beschränkten Blickwinkel der professionellen Rechtswissenschaft betrachtet wird – natürlich hat diese Arbeit auch diesen Nutzen, aber nur als Ausgangspunkt für gesonderte Fallstudien –; unser Hauptziel ist doppelt: es ist ein gesellschaftliches und ein politisches, und so soll das Werk *gelesen* werden: *erstens*, aus dem Blickwinkel der gesellschaftlichen Auswirkungen, die aufgrund der Verletzung der Rechtmäßigkeitsprinzipien durch die Intervention in Griechenland eingetreten sind; *zweitens*, aus dem Blickwinkel der politischen Konsequenzen, die aus der Verletzung des Rechtssystems und den damit verbundenen gesellschaftlichen Konsequenzen für Griechenland und Europa resultieren. Ziel der Arbeit kann selbstverständlich nicht eine umfassende Darstellung der tragischen gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen sein, die die betreffenden Vereinbarungen und ihre unmenschliche Umsetzung für das griechische Volk, für die Zukunft der griechischen Wirtschaft und für die gesamte gesellschaftliche und politische

Entwicklung Griechenlands und Europas hatten und haben. Die beiläufigen Erwähnungen dieser Konsequenzen im Rahmen der Beschreibung des Zustands der Unrechtmäßigkeit reichen für diesen Zweck nicht aus. Der Autor beabsichtigt und hofft, eine *erste Erkundung der griechischen Erfahrung* zu ermöglichen, um den Leser zum Nachdenken anzuregen, damit er sich über seine Haltung als Bürger und Mensch klar wird. Wir wollen uns in einer kurzen Übersicht die beiden Ziele vor Augen führen:

Im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Ziel dieser Abhandlung muss betont werden, dass der sich herausbildende Zustand der Unrechtmäßigkeit eine unmenschliche Machtausübung darstellt, die gleichzeitig Quelle und Grundlage der für den Menschen und für das gesellschaftliche Zusammenleben tragischen Konsequenzen ist: die Verelendung breiter gesellschaftlicher Schichten, die radikale Zersetzung der Begriffe der menschlichen Würde und des menschlichen Wertes, der Kulturverfall, die Aufhebung der kulturellen und historischen Identität der Völker und generell die Versklavung des Menschen. Das alles wird verursacht durch den Status der illegitimen Macht, der fundamentale Rechtsgüter und -werte des soziopolitischen Systems, in dem der Mensch existiert und lebt, massiv verletzt und mit Füßen tritt. Mit anderen Worten: Diese Arbeit zielt auf eine Lektüre mit folgendem, grundlegendem, nichtjuristischem Gedanken ab – obgleich dieser Gedanke eigentlich ein grundlegender Gedanke des Rechts sein müsste: Eine Handlung ist ein Verbrechen, nicht weil sie im Widerspruch zum Gesetz als positivem Recht steht, sondern weil sie, ihrem Wesen nach, im Widerspruch zum sozialen Zusammenleben und zur Würde des Menschen steht. Wenn dies nicht aus dem Gesetz hervorgeht, dann stellt das Gesetz selbst ein Verbrechen dar. Genau das gilt es in der Substanz zu beurteilen. Unsere Untersuchung zielt, mit anderen Worten, darauf ab, die Unrechtmäßigkeit des Status zur Finanzierung Griechenlands aufzuzeigen, der die Ursache für die Vereitelung der Möglichkeiten des menschlichen Zusammenlebens, der Entfaltung der Persönlichkeit des Menschen und der gesellschaftlichen Entwicklung hin zu einem qualitativ besseren Leben bildet. Nur indem der genannte Status so verstanden wird, können wir tatsächlich die Kraft und die Fähigkeit erlangen, die uns als Menschen und Bürger zu einer richtigen kritischen Haltung gegenüber dem soziopolitischen System, in dem wir leben, führen.

Im Zusammenhang mit diesem Gedanken bleibt klarzustellen, dass ohne richtige Kenntnis der gesellschaftlichen Realität Politik nicht gestaltet werden kann und ihr ureigener gesellschaftlicher Zweck nicht zu verwirklichen ist, nämlich der gesellschaftliche Zweck des „guten Lebens“ («εὖ ζῆν»), den die griechische Philosophie aufgezeigt hat und der von unserem soziopolitischen

System verdrängt wurde. Die für die historische Entwicklung einer politischen Gemeinschaft nutzbringende Politik ist Produkt der Dialektik dieser Entwicklung, welche wir mit dem kritischen Verstand erfassen können. Es ist evident, dass nur eine vollkommen vorurteilsfreie Untersuchung der gesellschaftlichen Realität historisch korrektes Wissen und die Kraft für die politische Intervention des Menschen in das historische Werden vermitteln kann. *Eine einzige* politische „vorgefasste Meinung“ steht aber über jeder Kritik, nämlich dass unsere Pflicht das kontinuierliche demokratische Streben nach Steigerung der Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Mit diesem zugrunde liegenden gedanklichen Standpunkt und gestützt vor allem auf die Erfahrungen aus der widerwärtigen Form der experimentellen Intervention in Griechenland, zielt die Arbeit darauf ab, die unterschiedlichen politischen Kräfte, die sich hinter dem Finanzierungsstatus und hinter dessen Unrechtmäßigkeit verbergen, aufzuspüren, ihnen nachzugehen und sie zu skizzieren. Der Autor ist sich bewusst, dass die Arbeit nicht über die Grenzen des Skizzierens hinausgeht; er ist aber der Auffassung, dass die politischen Kräfte, die sich hinter der weltweiten und der griechischen Krise und hinter deren supranationaler Ausbeutung verbergen, nicht mehr bloß Spuren hinterlassen; sie sind weithin sichtbar geworden, und Europa und generell der moderne Mensch sind aufgerufen, sich mit ihnen zu beschäftigen.

Die politischen Strömungen, die sich hinter jeder Krise verbergen, rühren stets von jenen Machtzentren her, die sich im soziopolitischen System krankhaft entwickeln und dessen Krise hervorrufen. Diese Kräfte werden gewöhnlich auch von Theorien, Lehren und Doktrinen begleitet und gestützt. In der heutigen weltweiten Krise hat sich dementsprechend der klassische Liberalismus mit der Doktrin des ökonomischen und des politischen Neoliberalismus herausgebildet, der die modernen neoplastischen Formen des Kapitalismus und des Imperialismus fördert. Inmitten dieses „Prozesses“ lassen sich die politischen Kräfte lokalisieren, welche die Krise vorantreiben.

Hauptziel dieser Kräfte ist die *Substitution der Politik*, die in der Menschheitsgeschichte die regelnde Zentralgewalt der politischen Gemeinschaft innehatte, durch die *Wirtschaftsmacht*, die von der nach Rendite strebenden Gier des Kapitals geleitet wird und geleitet werden will. Der politische Imperialismus der großen Staaten mit seiner geopolitischen Gier kollaboriert mit dieser Macht – ohne indes zur Kenntnis zu nehmen, dass auch er als politische Kraft im Visier des Kapitalismus steht, der die Oberherrschaft ausübt. Insoweit ist heute die griechische Krise das Produkt eines aus der Mitte Europas geführten Angriffs des Gewinnstrebens und der geopolitischen Bulimie des supranationalen Finanzsystems

sowie zweier mächtiger Staaten. Diese supranationalen Machtträger wissen sehr wohl, dass ihre Ziele keinen Platz im Rechtmäßigkeitssystem der bürgerlichen Demokratie haben; auch kann die Verwirklichung der Ziele nicht ohne kumulierte Verletzung der Rechtsnormen der Demokratie gelingen. Offensichtlich jedoch haben die Träger der supranationalen ökonomischen und geopolitischen Macht nicht einen lediglich kurzfristigen, auf die experimentelle Intervention in Griechenland beschränkten Status der Unrechtmäßigkeit im Auge. Sie zielen auf die definitive Abschaffung der Rechtmäßigkeit der bürgerlichen Demokratie ab und auf ihre Umwandlung, so dass eine neue „Ordnung“ entsteht, die ihrer neuen Form der Macht und deren Durchsetzung „Raum“ bietet. Dieser Vorsatz verbirgt sich auch hinter offiziellen Erklärungen verschiedener Funktionsträger des Systems, insbesondere der deutschen Bundeskanzlerin, nämlich dass eine Änderung der EU-Verträge notwendig sei – denn die Verträge stellen tatsächlich ein ernsthaftes Hindernis für die beschriebene ökonomische und geopolitische Machtausübung dar.

Die Träger und die Organe der besagten supranationalen Macht wissen ganz genau, dass die Abschaffung oder Änderung von Grundprinzipien und Normen der Rechtmäßigkeit, die das institutionelle Fundament der bürgerlichen Demokratie ausmachen, institutionell nicht möglich sind, und sie planen deshalb als Vorstufe die Einführung eines Status der Rechtsmissachtung in der Gesellschaft. Diese Methode, einen Zustand zu schaffen, in dem gegen Grundprinzipien und Rechtsnormen verstoßen wird, ist in der Menschheitsgeschichte uralte. Es handelt sich darum, *de facto illegale Zustände und Strukturen* zu schaffen und durchzusetzen. Die Festigung eines solchen Status führt zur Aufweichung des Unrechtsbewusstseins, zum Verlust der politischen Sensibilität und zur Veränderung im politischen Denken, was letztlich die Umwandlung der Rechtmäßigkeitsprinzipien zur Folge hat. Dieses Ziel, *de facto* den Zustand der kumulierten Verstöße gegen europäische Rechtmäßigkeitsprinzipien zu verfestigen, verbirgt sich hinter dem allgemeinen Schweigen, das systematisch auf allen Ebenen der Diskussionen und Vereinbarungen verordnet wurde mit entsprechender Auswirkung auf die Informierung der Bürger; dieses Schweigen herrscht generell im Zusammenhang mit den Handlungen der Troika und den daraus resultierenden ständigen Rechtsverstößen sowie speziell im Zusammenhang mit dem Finanzierungsstatus Griechenlands. Dieses Schweigen wurde vor kurzem lobenswerterweise vom Europäischen Parlament durch seine Resolution vom 13. März 2014 „gebrochen“. Allgemein muss im Hinblick auf die Frage nach den kumulierten Verstößen gegen das übergeordnete Recht unterstrichen werden, dass uns die griechische Erfahrung klar vor Augen führt, dass die Aufweichung der Grundsätze der

Rechtmäßigkeit prägend für die Politik der ökonomischen und geopolitischen Machtzentren mit strategischer Bedeutung ist.

Die einzelnen politischen Kräfte hinter dem rechtswidrigen Finanzierungssystem Griechenlands und die Fragen nach ihrer jeweiligen Verantwortung werden in den mal mehr oder weniger vollständigen, mal nur andeutungsweisen Schilderungen, in denen wir die diversen Arten von Verstößen gegen die Rechtmäßigkeit skizzieren, sichtbar. Um all das verständlicher zu machen, wollen wir kurz und übersichtlich die Hauptstränge des Geschehens in logischer Reihen- und in historischer Rangfolge darstellen, beginnend mit dem Grundsatz der Politik des Zwangs bei der Auferlegung des Finanzierungsstatus. Dieser Grundsatz lässt sich bereits in der Anfangsphase ausmachen, bei *der Vorbereitung und Verwirklichung der Auflösung des Nationalstaats als autonomer ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Entität*. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass das politische System des Nationalstaats historisch als ein dem Menschen und der Gesellschaft näher stehendes politisches Machtsystem entstanden ist, im Kontrast zu dem als gesellschaftlich unnahbar erfahrenen monarchischen bzw. autokratischen System. Wir müssen uns darüber hinaus daran erinnern, dass die Verformung bei der gesellschaftspolitischen Gestaltung des Nationalstaats in seiner Gründungszeit von den großen kaiserlichen Mächten verursacht wurde, und die Großmächte, die die moderne Form der autokratischen Systeme darstellen, dies fortsetzen. Heute erleben wir in Griechenland die unmenschlichste Form der Intervention durch die modernen „Imperien“ zum Zwecke der politischen Eroberung und Abschaffung des Nationalstaats. Zweifelsohne befolgt die Entwicklung der politischen Gesellschaft einen Kurs, dessen Ziel die Schaffung eines supranationalen und weltweiten politischen Steuerungs- und Organisationsmechanismus bildet. Damit das aber gelingt und damit die politische Steuerungsmacht sich über die Nation und ihren Staat erhebt, muss eine historische Gestaltung der Bedingungen stattfinden, die der supranationalen Organisation erlauben, nahe am Menschen zu funktionieren. Es müssen also historisch die Bedingungen geschaffen werden für substanzielle demokratische Prozesse und für die Legitimierung des gesamten Systems. Heute ist die Bildung einer supranationalen, planetarischen wirtschaftlichen und politischen Macht bereits im Gange, und diese wird fernab vom Menschen und seinem gesellschaftlichen Zusammenleben agieren. Das ist im Übrigen auch Zweck ihres Vorhabens. Man muss sich aber bewusst machen, dass die Geschichte nicht rückwärts verläuft. Folglich sollten wir konträr zum unmenschlichen Rückwärtsgang der modernen „Imperien“ mit der Geschichte im Einklang vorwärtsgehen – andernfalls wird sie uns hinter sich lassen – tot.

Die Abschaffung des Nationalstaats ist fortgeschritten, und zwar de facto, indem durch die Globalisierung im Bereich der Wirtschaft der Großteil der Produktion, des Handels mit Gütern und Dienstleistungen sowie die Gesamtheit des Finanzsystems sich über den Nationalstaat hinweggesetzt haben. Jedoch setzt die vollständige Abschaffung der Nationalstaaten aufgrund der Kriterien reiner Wirtschaftsmacht auch die Abschaffung der institutionellen Grundlagen der bürgerlichen Demokratie als eines politischen Systems voraus, das sich im Rahmen und auf den politisch-ideologischen und institutionellen Grundlagen des Nationalstaats entwickelt hat. Im Rahmen und auf den historischen Grundlagen der bürgerlichen Demokratie *und* des Nationalstaats wurden auch die Prinzipien der „nationalen Souveränität“ und der „repräsentativen Demokratie“, so wie wir sie kennen, ausgestaltet, ferner die institutionelle Bedeutung des Bürgers als Träger politischer Rechte, wie ihn die bürgerliche Revolution (insbesondere die Französische Revolution) hervorbracht hatte, und schließlich die politische Freiheit mit dem Grundrecht der Pressefreiheit. Zusammen mit all diesen Funktionsprinzipien der bürgerlichen Demokratie haben sich auch die heute weltweit akzeptierten Prinzipien der Achtung der Würde und der Rechte des Menschen sowie des Demokratiegedankens entwickelt. Folglich kann im Mittelpunkt der Politik der supranationalen ökonomischen und geopolitischen Machtzentren, wie beschrieben, nichts anderes stehen als die Abschaffung oder zumindest die Manipulation der erwähnten Prinzipien. Diese Politik wird, wie wir sehen werden, plastisch in den Bedingungen der „Finanzhilfvereinbarung“ („Loan Facility Agreement“) vom Mai 2010, in allen folgenden Finanzierungsvereinbarungen Griechenlands, in deren gesamter Umsetzung bis heute und schließlich auch im Funktionieren des Staates.

Damit die politische Abschaffung der fundamentalen Rechtmäßigkeitsprinzipien wirksam wird, ist die Zersetzung der politischen Moral auf allen Ebenen erforderlich, sowohl auf der Ebene der politischen Praxis als auch auf der Ebene der Bürgergesellschaft. Auf diese Weise hat die politische Korrumpierung Erfolg: *durch die Manipulation der politischen Führung und des Volkes selbst*. So mussten die Zentren des neuen ökonomischen Machtssystems, die Griechenland auch den Finanzierungsstatus aufnötigten, eine entsprechende Politik entwickeln und anwenden, die gegen Ende der Arbeit näher erläutert wird. Diese Politik zieht sich durch die gesamte Praxis der Durchsetzung des Finanzierungsstatus mit Methoden der Manipulation der Mitwirkenden im Politikbetrieb, der Terrorisierung des Volkes samt Erweckung von Schuldgefühlen, wozu politische Verlogenheit, Wahrheitsvertuschung und Gehirnwäsche durch die politischen Organe und die Medien kommen, ferner Gleichgültigkeit gegenüber dem Menschen und

seinem Leben in Würde, Praktiken der Zersetzung des politischen, demokratischen Systems und des gesamten Staats, des Bildungssystems, der Forschung, des Gesundheitsschutzes, des historischen Vermächtnisses und des Umweltschutzes, der Humanwissenschaften, der Kultur: In all diesen Vorgehensweisen ist das Ziel der Spekulation und des geopolitischen Expansionsstrebens klar erkennbar.

Die politischen Konsequenzen für Europa und für jeden einzelnen Nationalstaat sind katastrophal. Es ist bereits vielfach nachgewiesen worden, dass das Geflecht dieser von der Troika vertretenen supranationalen Politik die Integration Europas, die im Prozess seiner Konstituierung als einer starken politischen Entität besteht, tödlich trifft, wie auch seine historische und kulturelle Identität. Ebenfalls ist vielfach nachgewiesen worden, dass diese Politik auch den Nationalstaat als historische und kulturelle Entität tödlich trifft. Das werden wir auch in aller Deutlichkeit aufgrund der griechischen Erfahrung mit der Umsetzung dieser Politik erkennen – und das in ihrer widerwärtigsten Form. Die gesellschaftspolitischen Konsequenzen des Griechenland aufgezwungenen Finanzierungsstatus sind sicherlich für dieses Land viel schwerwiegender als jene für Europa und den Nationalstaat im Allgemeinen. Sie wiegen unermesslich schwerer, da Griechenland die unmenschlichen Schläge unmittelbar „körperlich“ erleidet. Es wird direkt als souveräner Nationalstaat mit seiner historischen und kulturellen Identität getroffen, während das griechische Volk als gesellschaftliche und kulturelle Entität tagtäglich den Schlägen ausgesetzt ist wie auch sein gesamter historischer Weg in die Zukunft. Wirtschaftliche Eigenständigkeit im Bereich der Güterproduktion und im Dienstleistungssektor, die im Gegensatz zur Konzentration der Wirtschaft bei wenigen supranationalen Kapitalträgern ausschließlich zum Zweck der Gewinnerzielung steht, trägt zur Qualität sowohl des Lebens und der Entwicklung jeder einzelnen Gesellschaft als auch des Zusammenlebens der Völker der internationalen Gemeinschaft bei. Diese Eigenständigkeit wird heute Tag für Tag weiter demontiert, indem jede Form der Wirtschaft der Nationalstaaten zerstört wird.

Die Abschaffung des Nationalstaats durch die supranationale Wirtschaftsmacht des Finanzkapitals ist katastrophal für den Menschen und seine Lebensqualität, gerade weil das von Krisenkräften erzwungen wird, bevor noch die Grenzen zwischen den Staaten und die substanziellen Qualitätsmerkmale ihrer politischen Gemeinschaften in historisch erzieltm Ausgleich überwunden sind. Es handelt sich um eine der Historizität zuwiderlaufende Abschaffung und nicht um die aus einem historischen Prozess hervorgehende Überwindung des Nationalstaats als politischer und kultureller Entität.

Der gesellschaftspolitische Zweck dieser kurzen Abhandlung beinhaltet auch die Frage nach der politischen Verantwortung, die wiederum auch die Frage der

rechtlichen Verantwortung umfasst. Das stützt sich auf den Grundgedanken, dass sowohl das Recht – in allen seinen Stufen von den Grundprinzipien bis hin zu deren Konkretisierung – als auch die Rechtsverstöße „Erzeugnisse“ einer Politik sind und ein politisches Thema darstellen, sobald sie Beziehungen des Zusammenlebens in einer politischen Gesellschaft regeln bzw. stören. Die Historizität der Politik ist unbestritten, ebenso wie die des Rechts. Doch die Trennung dieser Historizität von der Frage der politischen und der rechtlichen Verantwortung wäre geschichtsfremd und würde den dialektischen Vorwärtsgang der Geschichte annullieren. Aber das Schlimmste wäre, dass uns das zu einer fatalistischen „Theologie“ der sogenannten „Objektivität“ hinführen würde. Die Politik und ihre „Erzeugnisse“, die Setzung des Rechts sowie seine Verletzung, werden nicht durch irgendwelche himmlischen Mächte bestimmt oder betrieben, sondern von Menschen, die im historischen Kontext der politischen Praxis als Subjekte existieren und handeln. Alle institutionellen Systeme und generell die Geschichte haben politische und rechtliche Verantwortung hervorgebracht. Unabhängig davon, ob das politisch-ideologisch akzeptiert wird oder nicht, wird im jeweils „gegenwärtigen“ Zeitraum nach gängiger historischer Praxis insbesondere die Verantwortung für schwere Verstöße gegen die Rechtmäßigkeitsprinzipien und -regeln, die in einem gesellschaftspolitischen System gelten, der politischen Führung als Urheberin der Verstöße zugeschrieben. Mit anderen Worten: Rechtliche Verantwortung ist schlechthin eine *politische Frage*.

Nach diesen Ausführungen kommen wir nicht umhin, auch auf die politische und rechtliche Haftung der für den Griechenland auferlegten illegalen Finanzierungsstatus verantwortlichen politischen Führungen hinzuweisen. Im Rahmen der Darstellung der von ihnen begangenen Verstöße gegen die Rechtmäßigkeit wird auch von der betreffenden Verantwortung die Rede sein, zu dem Zweck, dieses Thema weiter zu untersuchen. Es handelt sich dabei um die Verantwortung der Geldgeber und ihrer Vertreter, die bei der Auferlegung des illegalen Finanzierungsstatus mitgewirkt haben, d.h. der Mitgliedstaaten der Eurozone und ihrer Regierungen, mit Deutschland als Hauptverantwortlichem, und der Europäischen Union sowie der Vertretungsorgane Griechenlands als Kreditnehmer, wie an anderer Stelle noch im Einzelnen ausgeführt werden wird.

Schließlich möchte ich unterstreichen, dass die kumulierten Verstöße gegen Rechtmäßigkeitsprinzipien der bürgerlichen Demokratie auf der Ebene des Nationalstaates – was noch schwerer wiegt, wenn es sich um einen Mitgliedstaat der Europäischen Union handelt – die internationale Gemeinschaft in ihrer Ganzheit berühren, Europa jedoch unmittelbar in Mitleidenschaft ziehen; denn die Verletzung dieser Prinzipien hat *die Auslöschung der Souveränität der Völker wie*

auch die Aufhebung ihrer kulturellen Identität und der Demokratie zur Folge. Dies stellt also eine *Krise der bürgerlichen Gesellschaft selbst* dar. Im Fall Europas stellt es eine *Krise der europäischen Kultur und Europas selbst als historisch-politischer Entität dar, wodurch seine Integration und seine politische Autorität untergraben werden*. Folglich dient jedes Wissen über diese Verstöße, das dieses kleine Werk aus der griechischen Erfahrung zu vermitteln vermag, nicht bloß der Bewältigung der Krise Griechenlands, sondern es soll auch zum Verständnis der Haltung unserer Generation im Angesicht der Krise unseres gesellschaftspolitischen Systems beitragen und zum Nachdenken darüber anregen.

Die Einführung abschließend, halten wir es für unsere Pflicht darauf hinzuweisen, dass die in dieser Arbeit beschriebenen Zielsetzungen eine weiteren Kreisen verständliche Formulierung verlangen. Ferner kann über die Beibehaltung des Zustands der Verletzungen der Rechtmäßigkeitsprinzipien und über die tragischen Konsequenzen daraus nicht in besänftigendem Ton berichtet werden; es bedarf dafür vielmehr einer scharfen kritischen Sprache. Daher mögen diejenigen, die die Lakonie und die Ausgewogenheit des streng wissenschaftlichen Wortes wünschen, verzeihen, dass ich diese Regeln durch meine erläuternden Wiederholungen, Analysen und Neuformulierungen von Begriffen und deren Bedeutungen und etwaige langatmige Ausführungen übertreten habe, ebenso wie durch die Strenge meiner Kritik; denn das geschieht im Dienste der Erfordernisse der Kommunikation und Verständigung mit einer breiteren Leserschaft als der wissenschaftlicher Experten. Ferner mögen diejenigen, die die Gelassenheit des Philosophen oder die Bequemlichkeit des Sofas wünschen, selbst wenn die Würde und das Leben unseres Nächsten erbarmungslos mit Füßen getreten werden, meinen teils besonnenen, teils zugespitzten oder sogar aggressiven, kämpferischen Ton bei den Formulierungen dieser Schilderung nicht übel nehmen. In Fällen einer solchen menschlichen Verelendung ist meines Erachtens stoisches Abwarten unentschuldigbar und sollte gerechtfertigter Empörung und Widerstand Platz machen. Ich war bestrebt, die in dieser Arbeit enthaltenen Auffassungen und Informationen in substanzieller und wissenschaftlicher Hinsicht unanfechtbar zu untermauern, bin aber nicht gewiss, ob das gelungen ist und kann es auch nicht sein. Daher wird ein der Gesellschaft geschuldeter aktiver Beitrag des Lesers dieser Abhandlung hilfreich sein, indem er das Ergebnis dieser Bemühung auf seine Richtigkeit nachprüft und etwaige falsche Gedanken aufgrund von Tatsachen und wissenschaftlichen Kriterien widerlegt.